



Cross Border Leasing

Fiktive Kapitalbildung, reale Auszehrung des öffentlichen Eigentums

www.zeitschrift-humanwirtschaft.de

Seit 1993 haben Hunderte Städte, kommunale und staatliche Unternehmen in Deutschland und Europa Cross-Border-Leasing-Verträge mit anonymen US-Investoren abgeschlossen. Dabei wird öffentliches Eigentum dem Investor verkauft und gleichzeitig zurückgemietet.

Warum das Ganze? Der Investor erhält einen Steuervorteil, von dem er einen Teil der Stadt abgibt. Dieser „Barwertvorteil“, den die Städte und Unternehmen am ersten Tag ausgezahlt bekommen, steht im Vordergrund der öffentlichen Darstellung. Einen solchen Vertrag zu unterzeichnen, der angeblich „nur auf dem Papier steht“ und eine leichte, schnelle Linderung für die überschuldeten öffentlichen Haushalte verspricht, gilt als clevere und schon routinemäßige Ausnutzung eines „legalen Steuertricks“.

„Moderne Finanzprodukte“

Auch die öffentlichen Haushalte müssten sich den modernen Finanzprodukten öffnen und krea-

tive, unkonventionelle Lösungen nutzen, heißt es. Sie gehören zu unserer globalisierten Welt, alle machen mit, so lautet die selbstgewisse Überzeugung der Polit- und Medien-Lemminge, und es sei unverantwortlich, diese Möglichkeit „im Interesse der Bürger“ nicht wahrzunehmen.

Doch was so clever und verantwortungsschwer daherkommt, erweist sich als erneute Ration eines Giftes, das die öffentliche Daseinsvorsorge, die Demokratie und den Sozialstaat bereits gelähmt und scheinbar unheilbar krank gemacht hat.

Bei Cross Border Leasing geht es um ein Finanzprodukt, das vor einigen Jahrzehnten in den USA entwickelt und seit einem Jahrzehnt auch global vertrieben wird. Es handelt sich nicht um einen plat-

ten, direkten Ausverkauf. Vielmehr besteht die Enteignung nur potenziell, jedenfalls zunächst, und bewegt sich in einer bewusst hergestellten Grauzone. Aber sie ist so angelegt, dass das scheinbar Fiktive zur materiellen Gewalt, zur realen Enteignung werden kann. Das kann bei den auf 100 Jahren geschlossenen Verträgen nach 20 oder 30 Jahren eintreten, durchaus auch schon früher.

Die Enteignung muss aber nicht eintreten, wenn die Städte sich allen Bedingungen beugen. Ein siegreiches oder siegreich sich fühlendes Imperium der modernen Art kann sich in bestimmten Angelegenheiten auch Zeit lassen und kann die besonders Servilen belohnen, auf seine Art. Das Hochpushen von Bilanzen und Aktienkursen, das Boomen der „New Economy“ und das anschließende „Platzen der Blase“ war und ist



ein Enteignungsmechanismus. Am Ende hatten die Insider das auf ihre Konten geschafft, was der Masse der Kleinanleger auf ihren Konten fehlte.

Unsichtbare Enteignung

Doch neben diesen spektakulären haben die weniger bekannten Enteignungsmechanismen eine stetige Wirkung. Die in den letzten Jahrzehnten immer weiter ausgebauten und professionalisierten Steuer- und Kapitalflucht ist ein solcher Mechanismus. Bestimmte Formen der Privatisierung öffentlichen Eigentums, die erweiterte Selbstentlohnung des Topmanagements – all dies sind weitere solche Mechanismen. Auch Cross Border Leasing gehört dazu. Mit Hilfe dieser Mechanismen wird in einem schleichenden, vielfältigen Prozess das öffentliche Eigentum – auch Sozialkassen gehören dazu – ausgesaugt, geschwächt. Auch der Wert der tatsächlich geleisteten Arbeit, die mit Lohn, Gehalt und den zahlreichen Formen von Niedriglohn entgolten wird, wird abgesenkt. Diese Prozesse haben keine „natürliche“ Grenze. In der Logik des vorherrschenden Wirtschaftstyps sind auch der immer weiter „verschlangene“ Staat ebenso wie Löhne, Gehälter und auch Niedriglöhne immer noch „Nebenkosten“, die zu hoch sind und weiter gesenkt werden müssen. Was den meisten Bürgern als unverständlich, absurd oder unglaublich erscheint, ist in der Finanzwelt längst Routine.

Cross Border Leasing gehört wie Hedge Fonds oder Derivate zu den Instrumenten, mit denen mächtige Akteure die globale Wirtschaft beherrschen, scheinbar geräuschlos.



Diese Art Ökonomie vernichtet gerade das, was sie vorgibt zu retten: Arbeitsplätze, soziale Sicherungssysteme.

Diese Art Ökonomie vernichtet gerade das, was sie vorgibt zu retten: Arbeitsplätze, soziale Sicherungssysteme. Gleichzeitig wächst der private Reichtum. Auch dieses Wachstum hat keine „natürliche“ Grenze.

„Der Investor hat sich Vertraulichkeit ausbedungen“ – mit dieser Standardformel haben sich bisher Tausende von Spitzenbeamten und Mitglieder von Stadt- und Gemeinderäten der globalen Geheimniskrämerie gebeugt. Kaum einer der „verantwortlichen“ Politiker hat den Vertrag gesehen, dem er in nichtöffentlicher Sitzung zugestimmt hat. Der

Vertrag wird grundsätzlich nicht ins Deutsche übersetzt. Die kommunalen Spitzenbeamten, wie Kämmerer und Finanzdezernenten ebenso wie die Oberbürgermeister, die schließlich in New York ihre Unterschrift unter die umfangreichen Vertragswerke setzen, kennen in der Regel nur kurze Zusammenfassungen. Sie verlassen sich auf die wenigen Berater, die das profitable Geheimgeschäft monopolisiert haben.

Die Städte erhalten für ihre Unterschrift einen „Barwertvorteil“ von 4 % des „Transaktionsvolumens“.

Beim Kanalsystem einer Stadt wie Köln oder Düsseldorf im Wert von

einer Milliarde erhält die Stadt 40 Millionen. Für den Wurstzipfel eines einmaligen kleinen „Barwertvorteils“ am ersten Tag der 100 Jahre werfen diejenigen, die sich ständig ihrer „Verantwortung“ rühmen, die persönliche Verantwortung und die kommunale Demokratie über Bord.

Während der Zeithorizont der Kommunalpolitiker auf null schrumpft, schließen sie immer mehr Verträge mit Laufzeiten eines Jahrhunderts ab. In den Städten herrscht nicht nur der vielfach beschworene finanzielle Notstand, sondern auch ein Notstand, über den bisher nicht öffentlich gesprochen wird: Demokratie-Notstand.

Mit dem rituellen Schlagwort „Globalisierung“ verbreiten die Akteure viel Nebel. In Talkshows schwadronieren sie bei unterwürfigem Lächeln selbstbewusst blickender Moderatorinnen in abstrakter Weise über die „Chancen der Globalisierung“. Doch

wenn es konkret wird, wie bei den Einzelheiten des Cross Border Leasings, schweigen sie. Die Verträge werden nicht offengelegt, auch nicht auf beharrliches Nachfragen von Stadträten.

Vieles bleibt im Nebel

Kapital- und Steuerflucht wird in Politik und Medien vor allem an Individuen festgemacht, die ihre Gelder heimlich und bar über die Grenze in Finanzoasen schaffen. Doch wie auch Cross Border Leasing zeigt, stellt Kapital- und Steuerflucht heute im Wesentlichen ein ganz normales Bank- und Beratungsgeschäft dar.

Es wird von den großen Banken, auch den öffentlich-rechtlichen Landesbanken, routinemäßig abgewickelt, renommierte Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfer helfen dabei.

Die Steuerersparnis für die unbekannt bleibenden „Investoren“ – vermögende Individuen mit einer Anlegensumme ab 5 Mio. Dollar – summiert sich bei den genannten Beispielen der Kölner und Düsseldorfer Kanalsysteme in der 30-jäh-

Kaum einer der „verantwortlichen“ Politiker hat den Vertrag gesehen, dem er in nichtöffentlicher Sitzung zugestimmt hat. Der Vertrag wird grundsätzlich nicht ins Deutsche übersetzt.



Die Vertragskonstruktion mit dem harmlos scheinenden Namen führt so in das Zentrum der wirklichen Globalisierung wie sie bisher, vor allem im Geheimen, abläuft.

rigen Laufzeit auf etwa 300 % des Transaktionsvolumens. Die Vertragskonstruktion mit dem harmlos scheinenden Namen führt so in das Zentrum der wirklichen Globalisierung wie sie bisher, vor allem im Geheimen, abläuft. Die milliarden-schweren und jahrzehntelangen Zahlungsflüsse, die Cross Border Leasing und ähnliche Finanzprodukte auslösen, werden in Großmedien ebenso wie von „Globalisierungskritikern“ hilflos als „anonyme Geldströme“ charakterisiert, die „täglich sinnlos um den Erdball kreisen“.

Doch es gibt keine anonymen Geldströme, die sinnlos herumkreisen. In Wirklichkeit handelt es sich um Geldströme, die anonymisiert werden, damit ihr Ausgangs- und Zielpunkt, ihre Absender und ihre Empfänger der Öffentlichkeit, dem Staat und den weniger wichtigen Geschäftspartnern verborgen bleiben. Um sich nachhaltig gegen die amoralische, parasitäre Ökonomie zu wehren, hilft kein empörter Aufschrei. „Sinnlose Geldkreisläufe“, „Terror der Ökonomie“ – solches kenntnislose Aufbäumen fällt nach kurzer Zeit in sich zusammen. Auch anspruchsvollere, als kritisch prä-

sentierte Darstellungen des Globalisierungsprozesses bleiben bei Ökonomie und Finanzen oft diffus und kommen nicht über das kümmerliche empirische Niveau von Politmagazinen wie „Der Spiegel“ hinaus. Doch die genaue Analyse eines Finanzinstruments wie Cross Border Leasing zeigt: Die Akteure sind benennbar. Es sind die Global Players des Finanzsystems, wie die großen Banken, Konzerne, US-amerikanische Wirtschaftskanzleien und Wirtschaftsprüfungs-Unternehmen. Anonym sind die Anleger und Investoren nur für die Öffentlichkeit. Die lokalen wie überregionalen Medien schwiegen jahrelang über Cross Border Leasing. Erst nachdem sich seit Mitte 2002 Bürgerinitiativen bildeten, wurde mehr berichtet. Das Wesentliche fehlte jedoch. Während die Medien um den „Barwertvorteil“ und die „Risi-

Doch es gibt keine anonymen Geldströme, die sinnlos herumkreisen. In Wirklichkeit handelt es sich um Geldströme, die anonymisiert werden, damit ihr Ausgangs- und Zielpunkt, ihre Absender und ihre Empfänger der Öffentlichkeit, dem Staat und den weniger wichtigen Geschäftspartnern verborgen bleiben.

ken“ der Städte kreisen, zeigt die genaue Analyse, dass die Stadt gegenüber den anderen Mitspielern nur eine Nebenrolle spielt. Der Barwertvorteil der Stadt beträgt nur einen winzigen Bruchteil dessen, was die beteiligten Staaten an Steuern verlieren.

Die US-Unternehmen, die in der Öffentlichkeit als „Investoren“ bezeichnet werden, sind gar nicht die Investoren. Es zeigt sich auch, dass die deutschen Städte die absoluten Musterknaben sind, während sonst in der ganzen Europäischen Union nur eine Hand voll Städte solche Verträge abgeschlossen hat.

Die „westliche Wertegemeinschaft“

Bisher wird öffentlich nur über Cross Border Leasing diskutiert, soweit Städte und kommunale Unternehmen daran beteiligt sind. Doch

der Umfang dieser Art „Leasing“ ist wesentlich größer. Auch Landes- und Bundesunternehmen sind beteiligt. Beispielsweise hat die Deutsche Flugsicherung GmbH, ein hundertprozentiges Tochterunternehmen des Verkehrsministeriums, die gesamte Infrastruktur der Flugsicherung – Flughafentowers, Computer, Software, Datenübertragungsanlagen – in ein Cross Border Leasing eingebracht. Ebenso haben die Deutsche Bahn AG und die Lufthansa AG mehrere Cross-Border-Leasing-Verträge über ICE-Zugeneinheiten bzw. Flugzeuge abgeschlossen. Auch Banken und Privatunternehmen nutzen für sich selbst solche Praktiken. Und all dies nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Staaten. Die Regierungen sind beteiligt, die Staaten

bertragungsanlagen – in ein Cross Border Leasing eingebracht. Ebenso haben die Deutsche Bahn AG und die Lufthansa AG mehrere Cross-Border-Leasing-Verträge über ICE-Zugeneinheiten bzw. Flugzeuge abgeschlossen. Auch Banken und Privatunternehmen nutzen für sich selbst solche Praktiken. Und all dies nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Staaten. Die Regierungen sind beteiligt, die Staaten

schädigen sich gegenseitig um Steuereinnahmen. Die „westliche Wertegemeinschaft“ erweist sich als Gemeinschaft hochrangiger Diebe.

Im Herbst 2003 ergriffen einige US-Senatoren die Initiative und brachten Gesetzesvorschläge in den Kongress ein, um solche missbräuchlichen Steuervermeidungskonstrukte zu verbieten. Dies hat – in Verbindung mit der wachsenden Kritik etwa durch Bürgerinitiativen – dazu geführt, dass diese Praktik in Westeuropa und in den USA gegenwärtig stagniert. Das sollte jedoch nicht zu der Auffassung führen, das Problem sei damit „erledigt“. Zum einen wurde keiner der Gesetzesvorschläge im US-Kongress tatsächlich beschlossen. Zum anderen werden Steuervermeidungsmodelle nach dem

Muster von Cross Border Leasing inzwischen auch ohne die Hilfe des „großen Bruders“ durchgeführt. Die Gesetzeslage auch in Deutschland erlaubt es mittlerweile, dass Stiftungen deutscher Unternehmen staatliche und kommunale Immobilien kaufen und an den Staat und die Städte zurückmieten. Die Stiftungen erhalten einen Steuervorteil, von dem sie den Städten einen kleinen Teil in Form des „Barwertvorteils“ abgeben. So wurde beispielsweise die Müllverbrennungsanlage der Stadt Aachen an die Unternehmensstiftung Moena verkauft und zurückgemietet – Moena gehört Aldi. Zum dritten: Die Laufzeit der seit 1999 abgeschlossenen Verträge ist 100 Jahre. Nach 30 Jahren haben die Städte eine Kündigungsoption. Aber auch 30 Jahre können teuer werden. Die Städte müssen den Wert der verleasteten Messehallen, Schienennetze, Kanalisationen und Klärwerke erhal-



Im Herbst 2003 ergriffen einige US-Senatoren die Initiative und brachten Gesetzesvorschläge in den Kongress ein, um solche missbräuchlichen Steuervermeidungskonstrukte zu verbieten.

ten, denn darauf beruhen die Steuervorteile der Investoren.

Kommunale Anlagen in Cross-Border-Leasing-Verträgen (Beispiele)

Leipzig: Messeimmobilien, Schienennetz und Signalanlagen, Kanalisation, Trinkwasseranlagen, Klinikum, Straßenbahnen; Köln: Kanalisation, Klärwerke, Messehallen,

Straßenbahnen; Zürich: Straßenbahnen, Verwaltungsgebäude; Wien: Straßen- und U-Bahnen, Kanalisation und Klärwerke, Briefverteilzentrum.

Literatur

Werner Rügemer: *Cross Border Leasing – Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2004, 200 S., 19,90 Euro, ISBN 3-89691-568-1



Dr. Werner Rügemer

Philosoph, arbeitet als Publizist und Berater. Lehrbeauftragter an der Universität Köln zum Thema „Kommune und Globalisierung“.

Letzte Buchveröffentlichungen: Colonia corrupta (2002), arm und reich (2003), Cross Border Leasing (2004).